



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
HEIDELBERG

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 16 /3 (1989)

DOI: 10.11588/fr.1989.3.53635

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

 **perspectiva.net**  
Die Publikationsplattform der Max Weber Stiftung

**BSB** Bayerische  
Staatsbibliothek

ANLÄUFE ZU INTERNATIONALER KOOPERATION  
RADIKALER UND LIBERALER PARTEIEN EUROPAS 1919–1923

1. Anknüpfung an Organisierungsversuche der Vorkriegszeit

In den Jahren 1910 bis 1914 war auf Anregung von Mitgliedern der dänischen »Radikale Venstre«-Partei der Versuch unternommen worden, durch Treffen am Rande der Konferenzen der Interparlamentarischen Union zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen radikalen und liberalen Parlamentariern und Parteien verschiedener europäischer Länder zu gelangen. Dies wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vereitelt<sup>1</sup>.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurden die vor 1914 angeknüpften Verbindungen wieder aufgegriffen. Im Oktober 1919 reisten die Dänen Ivar Berendsen und Peter Munch nach Paris, wo sie u. a. Gespräche mit Léon Bourgeois und Ferdinand Buisson geführt haben. Bei dieser Gelegenheit dürfte vereinbart worden sein, daß Buisson anstelle des 1914 gestorbenen Albert Gobat (Schweiz) den Vorsitz in dem aus der Vorkriegszeit stammenden provisorischen Komitee übernahm, während Berendsen dessen Generalsekretär blieb<sup>2</sup>. Berendsens Bestätigung in dieser Funktion war in Den Haag erfolgt, wo im Zusammenhang mit der Reise nach Paris anscheinend ein Treffen radikaler Politiker stattgefunden hat<sup>3</sup>. In den beiden folgenden Jahren sind, soweit ersichtlich, keine Schritte auf dem Weg zu internationaler Zusammenarbeit radikaler und liberaler Parlamentarier und Politiker getan worden. Da die Bemühungen darum bisher an die Konferenzen der Interparlamentarischen

1 Alwin HANSCHMIDT, Internationale Verbindungen radikaler und liberaler Parlamentarier und Parteien Europas vor dem Ersten Weltkrieg. Ein Organisationsversuch in den Jahren 1910–1914, in: *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus, Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag am 30. Januar 1982*, hg. von Heinz DOLLINGER, Horst GRÜNDER, Alwin HANSCHMIDT, Münster 1982, S. 427–448. – Zu Kooperationsversuchen im 19. Jahrhundert vor und außerhalb der Sozialistischen Internationale: DERS., *Republikanisch-demokratischer Internationalismus im 19. Jahrhundert. Ideen – Formen – Organisationsversuche*, Husum 1977.

2 Notizbucheintragung Berendsens 1919 (Reichsarchiv Kopenhagen: Nachlaß Ivar Berendsen Nr. 37; künftig zitiert: Nl. Berendsen). – Ivar BERENDSEN, *Den europæiske radikale Sammenslutning*, in: *Det Radikale Venstre 1905–1930*, Kopenhagen 1930, S. 131–136, hier S. 133. – Léon Bourgeois, Mitglied des Senats, war französischer Delegierter in der Völkerbundskommission der Versailler Friedenskonferenz. – Ferdinand Buisson (1841–1932), 1902–14, 1919–24 Kammerdeputierter, Präsident der »Ligue des Droits de l'Homme«, war einer der führenden Programmatiker der französischen Radikalsozialisten.

3 Wiederwahl in Den Haag 1919 (Kraak's Blaa BOG, *Fem Tusinde Levnedsløb indtil aar 1929*, Kopenhagen 1929, Artikel Ivar Berendsen). Aufenthalte in den Niederlanden und Belgien sind in der Notizbucheintragung 1919 erwähnt (wie Anm. 2).



Union gebunden gewesen waren und die IPU infolge der Spannungen zwischen Siegern und Besiegten in den ersten Nachkriegsjahren in eine Krise geriet, bot sich den radikalen Politikern kaum Gelegenheit zur Neubelebung ihrer Kontakte<sup>4</sup>. Denn die französischen, belgischen, polnischen und rumänischen Mitglieder der IPU haben sich geweigert, an deren erster Nachkriegskonferenz vom 17.–18. August 1921 in Stockholm teilzunehmen, weil die Parlamentarier der Mittelmächte nicht, wie Frankreich und Belgien es beantragt hatten, von der weiteren Mitarbeit in der IPU ausgeschlossen worden waren<sup>5</sup>. An den beiden folgenden IPU-Konferenzen in Wien (1922) und Kopenhagen (1923) haben nur vier bzw. zwei Franzosen teilgenommen. Erst bei der IPU-Konferenz von 1924 in Bern und Genf stieg die Zahl der französischen Teilnehmer auf vierzehn an.

Das Jahr 1922 brachte einige Ansätze unterschiedlicher Art, die aber wegen der schwierigen politischen Verhältnisse in Europa alle nicht zum Ziel einer internationalen Zusammenarbeit der Radikalen, Liberalen und Demokraten geführt haben.

Die europäische Politik dieses Jahres war gekennzeichnet durch die Verschärfung der Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland und eine wachsende Abkühlung im französisch-britischen Verhältnis. Beide Vorgänge leiteten sich her von der unterschiedlichen Auffassung über die Deutschland (im Mai 1921) auferlegten Reparationen und die damit gegebenen Probleme, nicht zuletzt desjenigen der interalliierten Kriegsschulden, deren Begleichung, vor allem für Frankreich, von den deutschen Reparationszahlungen mit abhing. In Frankreich war im Januar 1922 mit Raymond Poincaré, der das Kabinett Briand ablöste, ein Politiker an die Regierung gekommen, der fest entschlossen war, die deutschen Reparationsverpflichtungen zugunsten des französischen Sicherheitsbedürfnisses und Hegemoniestrebens politisch zu instrumentalisieren und dieses Ziel erforderlichenfalls durch eine Politik der »produktiven Pfänder«, d.h. eine Besetzung des Ruhrgebiets, zu erreichen. Die Konferenzen von Genua (April/Mai 1922) und Den Haag (Juni/Juli 1922) brachten keine Lösung für die in Europa anstehenden Wirtschafts- und Finanzprobleme. Als die Reichsregierung am 11. Juli 1922 für die bar zu zahlenden Reparationen ein Moratorium für den Rest des Jahres und die Jahre 1923 und 1924 verlangte, die Barzahlungen einstellte und sich auf die Zahlung von Schatzwechselln und Sachlieferungen beschränkte, mußte dieses Vorgehen nach Lage der Dinge auf den schärfsten Widerstand Frankreichs stoßen, während England Verständnis für die deutschen Schwierigkeiten zeigte. Nachdem Frankreich Ende Dezember 1922 und Anfang Januar 1923 in der alliierten Reparationskommission mit Unterstützung Belgiens

4 Anscheinend wollte Berendsen das internationale Treffen radikal-liberaler Jugendverbände in Kopenhagen vom 20.–22. 8. 1921 mit Teilnehmern aus Dänemark, Schweden, Norwegen, England, Deutschland, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und der Schweiz (Det Radikale Venstre 1905–1930, Kopenhagen 1930, S. 127) benutzen, um auch die Kontakte der radikalen und linksliberalen Parlamentarier zu erneuern; doch Buisson antwortete ihm, da er nicht »privat und heimlich« an der IPU-Konferenz in Stockholm (17.–19. 8. 1921) teilnehmen werde, weil Frankreich dort offiziell nicht vertreten sei, könne er auch nicht nach Kopenhagen kommen (Buisson an Berendsen, Les Contamines 17. 4. 1921: Nl. Berendsen 11).

5 Frederik STERZEL, *The Interparliamentary Union*, Stockholm 1968, S. 30–35.

5a Dazu: Jacques BARIÉTY, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, 10 novembre 1918–10 janvier 1925. De l'exécution à la négociation*, Paris 1977, S. 91–120. – Peter KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 183–206.



und Italiens gegen die Stimme Englands deutsche Versäumnisse bei den Sachlieferungen (Kohle, Holz) hatte konstatieren lassen, besetzten französische – unterstützt von belgischen – Truppen am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet, um sich dort als Ersatz für die ausgebliebenen Reparationen »produktive Pfänder« zu sichern<sup>5a</sup>.

Diesen Hintergrund der europäischen Politik gilt es zu berücksichtigen, wenn die im Jahre 1922 unternommenen Versuche, internationale Beziehungen zwischen radikalen und linksliberalen Politikern und Parteien herzustellen, angemessen beurteilt werden sollen.

Im Jahre 1922 wurde Ivar Berendsen, der an der Stockholmer IPU-Konferenz von 1921 vermutlich deshalb nicht teilgenommen hatte, weil er kein Angeordneter mehr war, als ehemaliger Abgeordneter in die dänische IPU-Gruppe aufgenommen und zugleich von seinen Parteifreunden im »Radikale Venstre« aufgefordert, die Bemühungen um einen internationalen Zusammenschluß der Radikalen neu zu beleben und zu diesem Zweck an der IPU-Konferenz in Wien vom 28.–30. August 1922 teilzunehmen<sup>6</sup>. Wie in der Vorkriegszeit kam es auf dieser Konferenz zu einem Treffen von Vertretern einiger radikaler und liberaler Parteien. Mit Ferdinand Buisson als Vorsitzendem wurde ein Ausschuß eingesetzt, der das alte Ziel enger Kontakte weiter verfolgen sollte<sup>7</sup>. Dabei dürfte es sich im wesentlichen um eine Bestätigung und Erweiterung des formal noch bestehenden Vorbereitungskomitees aus der Vorkriegszeit gehandelt haben. Von deutscher Seite hat sich in Wien der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Heile von der Deutschen Demokratischen Partei dieser Arbeit angeschlossen<sup>8</sup>.

Zu einem erkennbaren Ergebnis hat der Neuanfang von Wien nicht geführt. Über die Besprechungsgegenstände des Wiener Treffens der Radikalen liegen keine Nachrichten vor. So ist auch nicht bekannt, ob etwa der im Sommer 1922 von der französischen »Ligue de la République« ins Auge gefaßte Plan eines internationalen Kongresses demokratischer Parteien und Organisationen erörtert worden ist und wie man sich gegebenenfalls dazu gestellt hat. Vor allem in der allgemeinen politischen Lage in Europa dürfte der Grund für die Folgenlosigkeit des Wiener Neuansatzes zu suchen sein. Er hat keine direkte Fortsetzung auf der IPU-Konferenz des Jahres 1923 in Kopenhagen (15.–17. August) gefunden, an der der Ausschußvorsitzende Buisson nicht teilgenommen hat. Wohl aber haben die Dänen Berendsen, Munch und Rode und der Deutsche Heile hier vereinbart, weiter auf eine Organisation des europäischen Linksliberalismus hinzuarbeiten<sup>8a</sup>.

6 Notizbucheintragung Berendsens 1922 (wie Anm. 2).

7 Rundschreiben Berendsens von Ende Juli 1924 (Nl. Berendsen 44). Peter MUNCH, Erindringer, Bd. V, Kopenhagen 1964, S. 64.

8 BERENDSEN, Sammenslutning (wie Anm. 2) S. 133.

8a Wilhelm HEILE, Europäischer Demokratentag in London, in: Die Hilfe 34 (1928) S. 295.



## 2. Französische Pläne und Appelle

### a) Ein Kongreßplan der »Ligue de la République« 1922

Die französische »Ligue de la République« hat im Sommer 1922 Sondierungsgespräche mit demokratischen Parteien und Organisationen anderer Länder geführt, um einen internationalen demokratischen Kongreß vorzubereiten, der Ende 1922 oder Anfang 1923 in Paris stattfinden sollte. Wenn dieser Kongreß auch nicht zustande gekommen ist, so verdient der Plan doch Beachtung, weil er eine breiter angelegte, den Kreis radikaler und liberaler Parteien überschreitende internationale Zusammenarbeit demokratischer Kräfte anstrebte.

Die »Ligue de la République« war im Oktober 1921 von radikalsozialistischen – sie bildeten den Kern – und unabhängig-sozialistischen Abgeordneten und Parteigängern gegründet worden, um dem linksbürgerlichen Lager eine gemeinsame Plattform für den Kampf gegen den über die Kammermehrheit verfügenden »Bloc National« zu bieten<sup>9</sup>. Sie war ein Schritt auf dem Weg zur Sammlung der politischen Linken, die, neben den beiden genannten Parteien erweitert um die Vereinigten Sozialisten (S.F.I.O.), als »Cartel des Gauches« die Wahlen vom 11. Mai 1924 für sich entscheiden konnte. Innenpolitisch propagierte die »Ligue« das Ziel, die auf den Prinzipien der Revolution beruhende demokratische und laizistische Gesellschaftsverfassung zu sichern und auszubauen<sup>10</sup>.

In der internationalen Politik konstatierte die »Ligue« das Scheitern aller traditionellen Mittel der Friedenssicherung, was der Weltkrieg bewiesen habe. Sie erwarte deshalb nichts von erneuter Hinwendung zu Rüstungen und mehr oder weniger geheimen diplomatischen Verträgen. Auch von der Bildung neuer Internationalen halte sie nichts. Ihre Hoffnung setze sie vielmehr auf allgemeine Anerkennung und Entwicklung der »Société des Nations«, für deren Errichtung alle verbündeten Demokratien gemeinsam gekämpft hätten<sup>11</sup>. Die Vertreter der einzelnen Nationen im Rat und in der Versammlung des Völkerbundes sollten künftig nicht mehr durch die Regierungen, sondern durch die Parlamente als die unmittelbar bevollmächtigten Gremien der Völker bestellt werden. Außer diesem Ziel einer S.D.N. »démocratisée«<sup>12</sup> würden auch andere »demokratische Reformen im internationalen Bereich« die volle Unterstützung der »Ligue« finden<sup>13</sup>. Da die Verwirklichung der innenpoli-

9 Edouard BONNEFOUS, *Histoire politique de la Troisième République*, Bd. III, Paris 1959, S. 302f. – Daniel BARDONNET, *Evolution de la structure du Parti Radical*, Paris 1960, S. 246f. – Michel SOULIÉ, *La Vie Politique d'Edouard Herriot*, Paris 1962, erwähnt, daß der Anstoß zur Gründung der »Ligue« u. a. von jüngeren Politikern gekommen sei (S. 96). – Zu den führenden Männern der »Ligue« gehörten Edouard Herriot, Paul Painlevé, Ferdinand Buisson, Georges Bonnet, Emile Borel und Robert de Jouvenel, Henri COSTON, *Partis, Journaux et hommes politiques d'hier et d'aujourd'hui*, Paris 1960, S. 537.

10 *Ligue de la République*, *Programme Minimum*, Paris 1922, S. 1.

11 *Ibid.* S. 14f.

12 *Ibid.* S. 15.

13 *Ibid.* S. 16. – Als solche Reformen werden für den Völkerbund genannt: 1) Verbindlichkeit der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs; 2) eine »force internationale« unter der Verfügungsgewalt des Gerichtshofes; sie könne eine allmähliche Abrüstung erleichtern; 3) Schaffung großer Kollektiveinrichtungen für Erziehung, Gesundheit und sozialen Fortschritt nach dem Beispiel des Internationalen Arbeitsamtes (B.I.T.) (S. 15).



tischen Ziele ohne die komplementäre Anstrengung für Frieden und internationalen Ausgleich gefährdet sei, müßten sich alle freiheitlich und demokratisch Gesinnten dieser Anstrengung widmen<sup>14</sup>.

Man wird annehmen dürfen, daß die »Ligue« mit dem vorgesehenen internationalen demokratischen Kongreß die Absicht verfolgte, ein Fundament für die Durchsetzung ihrer auf die Gestaltung der internationalen Ordnung gerichteten Vorstellungen zu schaffen. Die Vorbereitung des Kongresses lag hauptsächlich in der Hand des Journalisten Robert de Jouvenel<sup>15</sup>. Für die Anknüpfung von Kontakten nach Deutschland hatte er sich an Dr. Leo Stahl, den Pariser Korrespondenten der »Frankfurter Zeitung«, gewandt, der an verschiedenen Vorberatungen teilgenommen hat. Nach dem Bericht des deutschen Botschafters v. Hoesch hat Stahl bei diesen Besprechungen »immer wieder darauf hingewiesen, daß eine deutsche Beteiligung an einem solchen Kongreß nur dann Wert haben würde, wenn man die Vertreter wirklich bedeutender deutscher Parteien für die Teilnahme gewinne, anstatt sich etwa wie in früheren Fällen auf die Einladung gewisser deutscher Pazifisten zu beschränken«<sup>16</sup>. Stahls französische Gesprächspartner haben sich von diesem Argument offenbar überzeugen lassen; denn sie beauftragten ihn, »inoffiziell in Deutschland bei dem Zentrum, den Demokraten und den beiden sozialistischen Parteien sowie bei den Gewerkschaften zu sondieren, ob Geneigtheit bestehe, einer etwaigen Einladung zu einem internationalen demokratischen Kongreß in Paris Folge zu geben«<sup>17</sup>. Bezüglich der Beratungsgegenstände hat Stahl die Franzosen angeblich davon überzeugen können, daß die Kriegsschuldfrage<sup>18</sup> auf keinen Fall erörtert werden dürfe und man sich auf praktische Fragen konzentrieren müsse.

Als Stahl sich Ende Juli 1922 anschickte, Verbindung mit deutschen Parlamentariern aufzunehmen<sup>19</sup>, hatten bereits englische und amerikanische Gruppen, die nicht genauer bezeichnet werden, die Entsendung von Vertretern angekündigt. Ob auch zu Politikern anderer als der genannten Länder Kontakte angeknüpft worden sind, ist nicht bekannt. Unbekannt ist auch, wie weit Stahl in Deutschland mit seinen Sondierungen gekommen und auf welches Echo er dabei gestoßen ist. Zustandekommen ist der Kongreß nicht. Das verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß seine

14 Ibid. S. 16.

15 Deutsche Botschaft Paris an das Auswärtige Amt, Paris 19.7. 1922 (Nr. A. 3096) (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn: II Frankreich Po 5, Bd. 4; zit.: AA Bonn). – Robert de Jouvenel (1881–1924) war Chefredakteur der Zeitung »L'Œuvre«.

16 Mit dem Hinweis auf die Pazifisten könnte neben Einzeleinladungen auch der von dem katholischen Deputierten Marc Sangnier durchgeführte erste »Congrès Démocratique Internationale pour la Paix« (4.–11. 12. 1921 in Paris) gemeint sein, der überparteilicher und überkonfessioneller Friedensarbeit dienen sollte. Der zweite dieser Kongresse fand vom 26. 9.–1. 10. 1922 in Wien statt. – V. Hoesch an das Auswärtige Amt, Paris 21. 7. 1922 (Nr. A. 3116) (AA Bonn: ibid.).

17 Bericht v. Hoesch (wie Anm. 16).

18 Nach längerer Diskussion in der Öffentlichkeit hatte die französische Kammer am 6. 7. 1922 die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg und damit die Berechtigung der Reparationsforderungen mit großer Mehrheit (einschließlich der Radikalsozialisten) bekräftigt, BONNEFOUS III (wie Anm. 9) S. 326–328.

19 Das Auswärtige Amt hielt den Plan wegen des politischen Ansehens der Mitglieder der »Ligue de la République« für beachtenswert und ließ Stahl um Information und Kontaktaufnahme bitten, falls er sich in Berlin aufhalten werde, Aktenvermerk und Telegrammkonzept (Mutius), 26. 7. 1922: AA Bonn: (wie Anm. 15).



Verwirklichung davon abhing, »ob die Atmosphäre eine solche sein wird, daß führende Männer der bürgerlichen Linken es wagen werden, sich an dem Kongreß zu beteiligen oder wenigstens die Abhaltung des Kongresses öffentlich zu sanktionieren«<sup>20</sup>. Diese Voraussetzung aber war bei der Verschärfung der politischen Spannungen in Europa in der zweiten Hälfte des Jahres 1922 nicht gegeben.

Trotz seines Scheiterns ist dieser Plan aber bemerkenswert wegen der in ihm zutage tretenden Konzeption. Sie unterscheidet ihn sowohl von früheren wie späteren Ansätzen zu internationaler Kooperation der Radikalen. Denn während man sich vorher an einzelne Parlamentarier und Politiker gewandt hatte und später zur Zusammenarbeit radikaler und liberaler Parteien im engeren Sinne gelangte, hat die »Ligue de la République« entsprechend ihrem Programm als Sammlungsbewegung zum Schutz und Ausbau der demokratischen Einrichtungen mit ihrem Kongreßplan den Gedanken der parteienübergreifenden demokratischen Sammlung auch auf das internationale Feld übertragen. Sie tat dies, indem sie programmatisch »la formation partielle de nouvelles Internationales« ablehnte und sich bei ihrer Kongreßvorbereitung, wenigstens soweit es Deutschland betraf, an ein breites Spektrum demokratischer Parteien (vom Zentrum bis zur USPD) wenden wollte, ohne deren ideologische Unterschiede ins Gewicht fallen zu lassen. Für die propagierte »Demokratisierung« der internationalen Politik (Beschickung der Völkerbundsgremien durch die Parlamente!) sollte die demokratische Gemeinsamkeit der Parteien ausschlaggebend sein. Als in diesem Punkte bei der 1924 zustandekommenen organisierten internationalen Zusammenarbeit der Radikalen eine Einschränkung auf richtungsverwandte Parteien stattfand, blieb das Ziel trotzdem das gleiche, das die »Ligue« avisiert hatte: die Stärkung des Völkerbundes als Instrument kollektiver Friedenssicherung.

#### *b) Ein Aufruf der Radikalsozialistischen Partei 1922/23*

Bald nach den Kongreßsondierungen der »Ligue de la République« hat sich die Radikalsozialistische Partei mit einem Appell an die demokratischen Parteien anderer Länder gewandt. Die Radikalsozialisten hatten am 6. Juli 1922 in der Kammer mit der Regierungsmehrheit votiert, daß die Verantwortung für den Krieg bei Deutschland liege<sup>21</sup>. Am 21. Juli 1922 erklärte ihr Vorsitzender Herriot, daß der Krieg noch nicht beendet und es daher zur erfolgreichen Verteidigung einer demokratischen Politik notwendig sei, keine Zugeständnisse zu machen im Punkt der Ehre Frankreichs und des Respekts vor der Wahrheit; das Nationalinteresse, von dem er sich leiten lasse, sei zugleich republikanisches Interesse<sup>22</sup>. Herriot und mit ihm die Radikalsozialisten identifizierten sich also in den Grundzügen weithin mit der Politik Poincarés, lehnten aber gewaltsame Lösungen (wie die Besetzung des Ruhrgebiets) in den Auseinandersetzungen um die Reparationen ab und ebenso Alleingänge ohne England<sup>23</sup>. Auf dem Parteikongreß der Radikalsozialisten in Marseille vom 16.–18. November 1922 forderte Herriot eine Außenpolitik, die sich auf den

20 Hoesch an AA, 21. 7. 1922 (wie Anm. 16).

21 SOULIÉ (wie Anm. 9) S. 101.

22 In einem Artikel der Zeitung »L'Information«, zit. *ibid.*

23 *Ibid.* S. 101 f.



Völkerbund und die Allianz mit England gründen müsse. Bezüglich Deutschlands, dessen Regierung in der ersten Novemberhälfte als Voraussetzung für die Währungsanleihe eine internationale Anleihe und eine Aussetzung der Reparationsleistungen für drei bis vier Jahre gefordert hatte<sup>24</sup>, war er der Meinung, daß das deutsche Volk zunächst selbst seinen Beitrag zur Wiedergesundung seines Landes leisten müsse, bevor es in den Kreis der europäischen Nationen eintreten könne; die deutschen Kapitalisten müßten die durch den Krieg verursachten Schäden wiedergutmachen<sup>25</sup>. Ganz unter dem Eindruck der an den Reparationen sich entzündenden Probleme der damaligen europäischen Politik standen auch die Ausführungen, die in einem wahrscheinlich Ende 1922 oder Anfang 1923 verschickten »Appel du Parti Radical et Radical-Socialiste français aux Partis Démocratiques des autres Nations« zusammengestellt waren<sup>26</sup>. In diesem Aufruf wandte sich die Partei, die sich als die Verteidigerin der großen Prinzipien der Revolutionen von 1789 und 1848 bezeichnete, an alle Parteien der Welt, deren Ideal ebenfalls diese Prinzipien seien, und bat sie um eine Zusammenarbeit ohne Vorbehalt und Ausrede, da die Sache der Gerechtigkeit und des Friedens auf dem Spiel stehe.

Die französische Demokratie halte unverändert zu den großen Idealen, von denen die Völker während des Krieges aufgerichtet worden seien, frage sich aber, ob alle ihre Freunde von damals sich noch für den Vorrang eben dieser Prinzipien einsetzten. Gestern sei der Kampf zwischen Politik der Gewalt und Politik der Gerechtigkeit geführt worden, heute lägen die Forderungen der Gerechtigkeit und der Anspruch der Interessen gegeneinander im Kampf um die Vorherrschaft. Sollte der Interessenstandpunkt siegen, wäre der Krieg vergeblich geführt worden, weil dann »der wirtschaftliche Materialismus den emanzipatorischen Idealismus zu Boden gezwungen« hätte<sup>27</sup>.

Unter Hinweis darauf, daß der Schlüsselbegriff der Sozialdoktrin der Radikalsozialisten »association« sei, die ein Zusammenleben sowohl der einzelnen wie der Nationen in Solidarität ermögliche, wird gefragt, ob die derzeitige Vernachlässigung der internationalen Solidarität die voneinander isolierten Mächte in die Sackgasse unsicherer Teillösungen führen werde. Die Partei lehne die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten ab, weise aber darauf hin, daß sie jede Diktatur ablehne, komme diese von oben oder von unten, in politischer oder ökonomischer Form. Weder beim Ausbau der inneren Ordnung eines Staates noch bei der Schaffung eines dauerhaften Friedens komme man jedoch ohne internationale Solidarität aus. Sowohl die durch den Krieg entstandenen Einzelprobleme als auch der Friede trügen einen weltweiten Charakter (»caractère mondial«), und deshalb forderten sie auch weltweite Lösungen (»solutions mondiales«). Die gegenseitige gefühlsmäßige und wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker sei zu stark betont

24 Hermann GRAML, Europa zwischen den Kriegen, München 1969, S. 160f.

25 SOULIÉ (wie Anm. 9) S. 108.

26 Gedruckt, o. D. (Nl. Berendsen 43). – Es wäre denkbar, daß der Appell auf dem Parteikongreß in Marseille angeregt worden ist.

27 Am 2. 6. 1922, also noch vor der deutschen Zahlungseinstellung, waren Herriot und die Radikalsozialisten in der Außenpolitik ein Stück von Poincaré abgerückt; dabei hatte Herriot dem »politique d'abord« der extremen Nationalisten ein »économique d'abord« entgegengestellt und damit gefordert, daß die wirtschaftlichen Gesichtspunkte bei der Verbesserung der politischen Lage Europas gehörige Berücksichtigung fänden, SOULIÉ (wie Anm. 9) S. 99.



worden, als daß man versuchen könne, zu einer Politik der Isolierung oder auch nur der besonderen Allianzen zurückzukehren. Dies wäre dann die der Vorkriegszeit eigentümliche Politik des Gleichgewichts, die notwendigerweise ein Wiedererstarren des Systems des bewaffneten Friedens bringen werde, dessen Untauglichkeit durch Millionen von Gefallenen erwiesen sei.

Im Gegensatz dazu sei der Parti Radical der Auffassung, daß der gegenwärtigen Krise – gemäß der Solidarität aller Völker in allen Bereichen menschlichen Handelns – nur durch eine handlungsfähige internationale Organisation abgeholfen werden könne. Diese Organisation sei – wenigstens teilweise – verwirklicht im Völkerbund, der seine Lebensfähigkeit, seine Kraft und die moralische und internationale Integrität seiner Entscheidungen unter Beweis gestellt habe<sup>28</sup>. Die Radikalsozialistische Partei vertraue dem Völkerbund, wünsche aber seine baldige Erweiterung oder Umformung zu einem umfassenderen Organ, in das insbesondere die USA eintreten müßten. Zugleich müsse der Völkerbund immer weniger eine Gemeinschaft der Regierungen werden und stattdessen die Gemeinschaft der Völker zu verwirklichen suchen<sup>29</sup>.

Diesen Aussagen zur künftigen Ausgestaltung des Instrumentariums zur Friedenssicherung und Konfliktbeilegung folgte die Rechtfertigung der Haltung, die die Partei in dem aktuellen deutsch-französischen Konflikt wegen der Reparationsleistungen einnahm.

Dann erklärte die Radikalsozialistische Partei Frankreichs allen Völkern feierlich: »Um das Verfahren der aktuellen diplomatischen Verhandlungen zu verändern; um eine allgemeine Abrüstung – die oberste Garantie des Friedens – zu erreichen, um eine umfassende Gemeinschaft der Nationen oder der Völker zu verwirklichen; um überall, wo territoriale Ungewißheit herrscht, Grenzen zu ziehen, die weder die

28 Als Beispiele für eine endgültige Regelung durch den Völkerbund werden die oberschlesische und die albanische Frage genannt. – Für Oberschlesien hatte der Völkerbundsrat dem Obersten Rat der Alliierten am 12. Okt. 1921 eine Teilung empfohlen, die in der am 15. Mai 1922 unterzeichneten »Genfer Konvention für Oberschlesien«, die von Polen und dem Deutschen Reich ratifiziert wurde, ihre vertragliche Sanktionierung erfuhr, F. P. WALTERS, A History of the League of Nations, London 1960, S. 152–157. – Albanien, dessen territoriale Integrität in der Nachkriegszeit von seinen Nachbarn, besonders von Jugoslawien, mehrfach bedroht und verletzt wurde, verdankte die Erhaltung seiner staatlichen Existenz einerseits seiner schnellen Aufnahme in den Völkerbund (Dezember 1920) und andererseits dem Druck, den der Völkerbund während seiner zweiten Versammlung (Herbst 1921) auf Intervention von Lloyd George hin auf Jugoslawien ausübte, so daß dieses besetzte albanische Gebiete räumte (ibid. S. 158–161). – Als Zeichen für die Handlungsfähigkeit des Völkerbunds wird ferner die internationale Sanierung der Finanzen Österreichs unter der Garantie und Aufsicht des Völkerbundes (Finanzkontrollkommission) seit Herbst 1922 angeführt (ibid. S. 205–210). Die drei Protokolle des Sanierungsplans wurden am 4. 10. 1922 von der Viererkommission (Großbritannien, Frankreich, Tschechoslowakei, Italien) und Österreich unterzeichnet, Klemens von KLEMPERER, Ignaz Seipel, Christian Statesman in a time of crisis, Princeton N. J. 1972, S. 205 f.

29 Ferner wurden eine internationale Streitmacht für den Völkerbund, Erweiterung der Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs und des Internationalen Arbeitsamtes gefordert. – Die Aufstellung einer internationalen Streitmacht und eines internationalen Generalstabs war eine bleibende Forderung Frankreichs an den Völkerbund, die Léon Bourgeois (Radikalsozialist) bereits in seinem Entwurf von 1918 erhoben hatte und die zu Beginn der 1930er Jahre im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage wieder vorgebracht wurde, nachdem ihre Einrichtung und Verankerung in der Völkerbundssatzung am Widerstand Englands und der USA gescheitert war, WALTERS (wie Anm. 28) S. 61–63. Es zeigt sich weitgehende Übereinstimmung dieser Forderungen zum Ausbau des Völkerbundes mit denen der »Ligue de la République«.



ethnographischen noch die wirtschaftlichen Gegebenheiten mißachten; um schließlich eine dauerhafte internationale Ordnung zu schaffen, ist es unerlässlich, die dauernde und wirksame Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien zu erreichen, die von denselben Vorstellungen und demselben Ideal bestimmt sind.« – In der Gewißheit, der Dolmetscher des republikanischen Frankreich zu sein, werde der Parti Radical sich bemühen, diese »union morale« zu verwirklichen, die die Voraussetzung sei für jede Aktionseinheit mit dem Ziel, die Charta einer neuen Welt zu schaffen, die auf dem Ideal der Solidarität, der Versöhnung und des Friedens gründe.

Dieser Aufruf verfolgte einen doppelten Zweck: langfristig sollten die Voraussetzungen für ein internationales System kooperativer Friedenssicherung geschaffen werden, das auf dem – freilich zu erweiternden und in Richtung auf eine »société des peuples« zu reformierenden – Völkerbund aufbauen sollte; kurzfristig dagegen wurde die Haltung Frankreichs in dem Konflikt um die Reparationen gerechtfertigt und durch Beschwörung der Kampfgemeinschaft der Alliierten im Weltkrieg, die sich besonders an England richtete, um Verständnis für diese Haltung und für eine Lösung des Konflikts im französischen Sinne geworben. Das stärkere Gewicht des Appelles lag bei dem zweiten, kurzfristigen Ziel. Denn die Anwendung der für eine internationale Friedensordnung konstitutiven allgemeinen Prinzipien erfolgte eindeutig zugunsten der aktuellen politischen Interessen Frankreichs, wenn etwa die Alternative zwischen Recht und Wirtschaftsinteressen, zwischen »idéalisme émancipateur« und »matérialisme économique« zur Stützung des Rechtsanspruchs Frankreichs auf die festgelegten Reparationen herangezogen wurde und sich antirevisionistisch gegen die nicht nur von den »deutschen Kapitalisten« geforderte, sondern auch von England und den USA gewünschte Neuregelung des Reparationsproblems unter ökonomischen und finanzpolitischen (interalliierte Verschuldung!) Gesichtspunkten richtete.

Ob der Appell bei derart starker Hervorhebung und Rechtfertigung des französischen Interessenstandpunkts sein deklariertes Hauptziel, nämlich die Schaffung einer »union morale« der demokratischen Parteien verschiedener Länder als Voraussetzung einer »unité d'action« zugunsten einer dauerhaften internationalen Friedensordnung, erreichen konnte, muß bezweifelt werden. Denn gleiche oder ähnliche Identifikation mit dem jeweiligen nationalen Interesse mußte ja auch bei den angesprochenen Parteien der anderen Länder in Rechnung gestellt werden, und deren Ausbrechen aus dem jeweiligen nationalen Interessen- und Identifikationskonnex zu erwarten, hätte bei der damaligen politischen Konfrontationslage in Europa geheißen, daß sie über ihren eigenen Schatten hätten springen sollen.

Waren somit zwar die Aussichten auf Verwirklichung der in dem Aufruf propagierten Ziele einer internationalen Politik denkbar schlecht, so ist doch bemerkenswert, daß bezüglich der Adressaten anscheinend (wie bei dem Plan der »Ligue de la République« für einen internationalen demokratischen Kongreß) das umfassende Etikett »demokratisch« maßgebend sein sollte und noch nicht (wie später) ausschließlich die radikal-liberalen unter den demokratischen Parteien gemeint waren. Ob der Appell sich möglicherweise gar auf den von der »Ligue« beabsichtigten internationalen demokratischen Kongreß bezog, ist nicht bekannt. Insgesamt dürfte man jedenfalls wohl nicht fehlgehen, wenn man den radikalsozialistischen Appell



von Ende 1922 stärker der Erreichung französischer politischer Ziele als der Organisation internationaler Kooperation radikal-liberaler Parteien zuordnet.

*c) Der Appell und Organisationsentwurf der Radikalsozialisten von 1923*

Im Jahre 1923 war die politische Lage in Europa bestimmt durch eine zunehmende Verhärtung des deutsch-französischen Verhältnisses und durch eine starke Entfremdung zwischen England und Frankreich. Zwischen Frankreich und Deutschland kam es über das Reparationsproblem zu einer offenen Machtprobe, als Poincaré am 11. Januar 1923 das Ruhrgebiet zwecks Sicherung »produktiver Pfänder« besetzen ließ und die Reichsregierung darauf am 13. Januar 1923 mit der Ausrufung des passiven Widerstandes antwortete, der aber am 26. September 1923 wegen der inzwischen verheerenden wirtschaftlichen Lage des Reiches abgebrochen werden mußte. England, gegen dessen Willen die Ruhrbesetzung erfolgt war, intervenierte zwar nicht dagegen, distanzierte sich aber dadurch von der französischen Politik, daß es sich für eine Neuregelung der Reparationsfrage unter gebührender Berücksichtigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowohl Deutschlands wie der übrigen betroffenen Länder einsetzte.

Die französischen Radikalsozialisten waren in ihrer Haltung zur Ruhrbesetzung anfangs gespalten. Nachdem die Fraktion sich intern zuerst fast einstimmig auf Enthaltung geeinigt hatte, hielten sich bei der Abstimmung in der Kammer aber nur 35 ihrer Abgeordneten an diesen Beschluß, während 42 die Besetzung billigten<sup>30</sup>. Die in der Folgezeit von den Radikalsozialisten zur Ruhrpolitik Poincarés eingenommene Haltung läßt sich kennzeichnen als eine Mischung aus attentistisch-affirmativen und kritisch-alternativen Elementen. Prinzipiell bezweifelten sie zwar die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Maßnahme, vermieden es aber aus nationaler Solidarität, der Regierung in diesem Punkte Schwierigkeiten zu machen<sup>31</sup>, wollten das Urteil über die Ruhraktion vielmehr deren Ausgang selbst überlassen. Die damit gegebene Unterstützung der Außenpolitik Poincarés begleiteten und kritisierten sie aber zugleich mit Hinweisen auf die Mittel, die nach ihrer Ansicht allein eine dauerhaft befriedigende Lösung des Problems der Reparationen sowohl wie der französischen Sicherheit bringen konnten: eine internationale Anleihe, Aufrechterhaltung der Bündnisse, Wiederannäherung an England, Ausweitung der Schiedsgerichtsbarkeit zwischen den Nationen. Deutschland gegenüber müsse Frankreich eine Politik der Klugheit und Großzügigkeit treiben. Man müsse ihm helfen, sich zu demokratisieren und das Joch seiner kapitalistischen und imperialistischen Herren abzuwerfen. Wenn der deutsche Kapitalismus sein Opfer gebracht habe, würden auch loyale Vereinbarungen mit Deutschland möglich sein<sup>32</sup>.

In die angespannte politische Lage Europas hinein ließ die Radikalsozialistische Partei im Juli 1923 erneut einen Aufruf ergehen, der sich diesmal – im Unterschied

30 SOULIÉ (wie Anm. 9) S. 112. – Ursprünglich hatten sich in der Kammerfraktion drei Richtungen gegenübergestellt: eine ablehnende (um Daladier), eine zustimmende (um Camille Chautemps) und eine für Enthaltung eintretende (um Herriot).

31 In innenpolitischen Fragen betrieben die Radikalsozialisten durchweg Opposition.

32 SOULIÉ (wie Anm. 9) S. 112–114. Die Alternativen hatte Herriot am 25.5. 1923 in der Kammer genannt.



zum vorhergehenden von 1922 – nicht allgemein an die demokratischen, sondern an die verwandten (»similaires«) Parteien in den anderen Ländern richtete<sup>33</sup>. Dieser neue, vom Parteivorsitzenden Edouard Herriot unterzeichnete Appell unterschied sich von dem des Vorjahres, der weithin eine Apologie der französischen Politik gewesen war, insbesondere bezüglich des umstrittenen Reparationsproblems durch einen versöhnlichen Ton. Von den Reparationen war jetzt nur noch kurz und mit ausdrücklichem Bezug auf die Gewinnung eines Friedenszustands die Rede. »Das ursprüngliche und dringende Werk ist die Wiederherstellung des Friedens in der Welt, mit den rechtmäßigen und notwendigen Reparationen, die es verträgt«<sup>34</sup>, lautete der Eröffnungssatz des Schreibens. Danach leitete es sofort zu seiner eigentlichen Absicht über: Die seit vier Jahren aufgetretenen Schwierigkeiten bewiesen, daß dieses große Werk nicht allein aus der Anstrengung der Regierungen und der Diplomatie hervorgehen könne, sondern daß die Mitwirkung der öffentlichen Meinung (»concours de l'opinion«) notwendig sei, da Frieden und Krieg in dieser Zeit einen demokratischen Charakter trügen. Der Friede werde nur wirksam, von Dauer und fruchtbar sein, wenn er das Werk der Völker selbst sei. Zum Wohle nicht allein Frankreichs, sondern aller Nationen der Welt habe die Revolution von 1789 die Prinzipien proklamiert, die Garanten wirklichen Friedens darstellten: die Menschen- und Bürgerrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Ablehnung von Geheimabmachungen und Geheimdiplomatie, Vorrang des Rechts vor der Gewalt, Herrschaft der Gerechtigkeit, internationale Solidarität, die im Völkerbund verkörpert sei.

Als Erbin der Traditionen der Französischen Revolution und Verfechterin ihrer Grundsätze sei sich die Radikalsozialistische Partei ihres Auftrags sowohl in internationaler wie in nationaler Hinsicht voll bewußt. Daher mache sie es sich jetzt zur Aufgabe, die Annäherung der Völker und die Festigung des Friedens zu fördern, indem sie besondere Beziehungen zu denjenigen Parteien in anderen Ländern anknüpfe, die wie sie die Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Vernunft und des Friedens verteidigten. Diese verwandten Parteien trügen zwar verschiedene Namen, doch manifestiere sich in ihnen derselbe freiheitliche und großmütige Geist (»esprit libéral et généreux«).

Die französischen Radikalsozialisten verfolgten mit ihrem Vorschlag, zu verwandten Parteien anderer Länder Beziehungen aufzunehmen, keineswegs das Ziel, sich in die innere Politik anderer Länder einzumischen oder starre Allianzen mit Ausschließlichkeitscharakter zu bilden. Es gehe vielmehr um die Zusammenarbeit gesinnungsverwandter, aber völlig autonomer Parteien und um das gegenseitige Kennenlernen und Näherrücken (»pénétration«) der Völker dank der politischen Arbeit dieser Parteien. Die große Verpflichtung sei: sich besser zu kennen; den eigenen und anderswo unternommenen Anstrengungen zugunsten der Freiheit, der Vernunft, der Gerechtigkeit und des Friedens zu mehr Anerkennung zu verhelfen; die jeweiligen nationalen Gesichtspunkte besser zu verstehen und sie im Lichte

33 »Appel du Parti Radical et Radical-Socialiste de France aux Partis Similaires dans les autres Pays« (gedruckt in: L'Entente 2 [1936] no. 1, S. 1–3; Juli 1923 als Datum genannt im Einladungsschreiben Berendsens von Ende Juli 1924, franz. Fassung [Nl. Berendsen 44]).

34 »L'œuvre primordiale et urgente est le rétablissement de la paix dans le monde, avec les légitimes et nécessaires réparations qu'elle comporte.«



gemeinsamer übergeordneter Prinzipien in Einklang zu bringen; den Friedenswillen zu bestätigen und zu kräftigen; zu beweisen, daß die menschliche Solidarität die Sicherheit der Vaterländer begründe; den Völkerbund mit der moralischen Autorität und den wirksamen Vollmachten auszustatten, die er brauche.

Austausch von Unterlagen (»documents«), gegenseitige Besuche, Korrespondenz auf dem Weg über die Presse oder privater Briefwechsel und, wenn hinreichend begründet, internationale Konferenzen oder Kongresse seien die hauptsächlich geeigneten Mittel, um das Kennenlernen und die Zusammenarbeit zu ermöglichen, die die gegenwärtige Krise der Vaterländer und die Zukunft der Menschheit forderten. »Wir rechnen mit Ihrer herzlichen Zustimmung«, schloß das Schreiben.

Ausgehend von dem Ziel der Sicherung des Friedens und von der These, daß dies nur »demokratisch« durch die Völker selbst geschehen könne, und unter Betonung der Weltgeltung, d.h. der Internationalität der Prinzipien der Französischen Revolution rief die Radikalsozialistische Partei Frankreichs also verwandte Parteien anderer Länder auf, eben diese Prinzipien zur Grundlage internationaler Verbindungen zwischen diesen Parteien zu machen zum Zwecke der Annäherung der Völker und der Festigung des Friedens. Dabei beschränkte sie sich nicht auf eine politische und ideologisch-theoretische Begründung ihres Vorschlags, sondern lieferte in Grundzügen zugleich ihre Vorstellung über Organisationsform, Aufgaben und Instrumentarium der Parteilzusammenarbeit mit. Dadurch erleichterte sie den angesprochenen ausländischen Parteien die Beratung und Entscheidung darüber, wie sie sich zu dem Vorhaben stellen wollten, wenigstens insofern, als diese sich nunmehr ein ungefähres Bild von der Form der vorgeschlagenen Zusammenarbeit machen konnten und sich nicht bloß allgemeinen Erklärungen über Notwendigkeit und Absicht derartiger Kooperation gegenübersehen.

### 3. Auf dem Wege zu einer internationalen »Radikalen Entente«

Neu im Vergleich zu den in die Vorkriegszeit zurückreichenden Bemühungen um eine internationale Zusammenarbeit radikaler und liberaler Parteien war an diesem Vorschlag vor allem, daß man sich nicht mehr an einzelne Parlamentarier und Politiker wandte, sondern an die Parteien selbst. Der Gedanke, diesen Weg zu gehen, um zu einer festen Organisationsgrundlage für die Kooperation zu gelangen, war von dem Dänen Peter Munch ins Spiel gebracht und von Herriot aufgegriffen worden<sup>35</sup> und hat so Eingang gefunden in den Appell der Radikalsozialisten vom Juli 1923. Im weiteren Verlauf der Gründungsgeschichte sollte sich nicht nur zeigen, daß dieser von den Parteien ausgehende Weg zu organisierten internationalen Beziehungen zwischen radikalen und liberalen Parteien führte, sondern daß auch noch andere Elemente aus dem radikalsozialistischen Appell in die Satzung der 1924 gegründeten »Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires«

<sup>35</sup> BERENDSEN bezeichnet Munch als den Vater, Herriot als den beredten Paten dieses Gedankens, Sammenslutning (wie Anm. 2) S. 133.



eingingen. So hat sich dieser Aufruf im Ergebnis als eine Art Rohentwurf für das Selbstverständnis und die Organisationsform dieser internationalen Kooperation erwiesen. Daß damit zugleich von vornherein eine Vorrangstellung der französischen Radikalsozialisten unter den kooperierenden radikal-liberalen Parteien Europas gegeben sein konnte, läßt sich denken.

Unmittelbare organisatorische Folgen hat der Appell vom Juli 1923 jedoch nicht gezeitigt. Das war bei dem »Kalten Krieg«<sup>36</sup>, der wegen der Ruhrbesetzung zwischen Deutschland und Frankreich herrschte, und dem kühlen Verhältnis zwischen England und Frankreich auch kaum zu erwarten. Mochten die angesprochenen Parteien auch die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Kontakte und das Ziel kollektiver Friedenssicherung bejahen, – der ganz von nationaler Machtpolitik bestimmte Spannungszustand des Jahres 1923 bot alles andere als die Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung. Ein Indiz dafür ist auch die Tatsache, daß das auf der IPU-Konferenz in Wien 1922 wiederbelebte Vorbereitungs Komitee der Vorkriegszeit auf der IPU-Konferenz des Jahres 1923 in Kopenhagen kein Treffen radikaler Parlamentarier hat zustandebringen können<sup>37</sup>, sondern während dieser Konferenz lediglich Dänen und Deutsche die weitere Verfolgung des Kooperationsgedankens beschlossen haben<sup>38</sup>. Erst am Rande der IPU-Konferenz in Genf Ende August 1924, als der Dawes-Plan auf der Londoner Konferenz (16. 7.–16. 8. 1924) von Frankreich, England und Deutschland angenommen worden war, konnten vorbereitende Besprechungen so erfolgreich geführt werden, daß im Oktober 1924 auf dem Parteitag der Radikalsozialisten in Boulogne-sur-Mer eine »Radikale Entente« gegründet werden konnte<sup>39</sup>.

#### RÉSUMÉ FRANÇAIS

Dans les années 1910–1914, à l'instigation des membres des partis (de gauche) danois »Radikale Venstre«, on avait entrepris de tenter une expérience: réussir à institutionnaliser des contacts entre parlementaires et partis radicaux et libéraux de différents pays d'Europe. Un comité provisoire fondé à cette époque fut réactivé après la Première Guerre mondiale. Le président en était Ferdinand Buisson (France), le secrétaire général Ivar Berendsen (Danemark). Les tentatives pour établir des relations lors des conférences de l'Union interparlementaire de 1921, 1922 et 1923 restèrent sans succès.

Durant l'été 1922, la »Ligue de la République«, française, qui se composait de députés et de partisans radicaux-socialistes et socialistes-indépendants, avait pour programme de mettre sur pied un congrès démocratique international. A ce congrès, on devait envoyer non seulement des membres des partis radicaux et libéraux, mais aussi ceux de tous les partis démocratiques (pour l'Allemagne, aux côtés du Parti

36 WALTERS (wie Anm. 28) S. 234. – Jacques Bariéty hat diese Bezeichnung aufgegriffen in seiner Kapitelüberschrift »Der »Kalte Krieg« zwischen Frankreich und Deutschland 1920–1923«; Raymond POIDEVIN, Jacques BARIÉTY, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982, S. 317–340.

37 Weder im Notizbuch Berendsens, der seine Teilnahme an der IPU-Konferenz von 1923 erwähnt (Nl. Berendsen 37), noch im sonstigen Schrifttum ist von einem solchen Treffen die Rede. Vielmehr schreibt BERENDSEN, nach dem Treffen von 1922 sei das Interesse wieder abgeebbt, Sammenslutning (wie Anm. 2) S. 133.

38 Wie Anm. 8a.

39 Alwin HANSCHMIDT, Internationale Zusammenarbeit linksliberaler Parteien Europas zwischen den beiden Weltkriegen. Eine Skizze, in: Historisches Jahrbuch 109 (1989) S. 164–190.



Démocratique Allemand, étaient également invités le Centre, la SPD et l'USPD). Le principal sujet de réflexion qu'il était prévu de débattre lors de cette réunion qui n'a jamais eu lieu était la consolidation d'une alliance entre les peuples, alliance démocratique, c'est-à-dire qu'elle serait déterminée plus par les Parlements que par les gouvernements; ce lien devait être l'instrument qui garantissait la paix collective.

La collaboration internationale sur la base de l'alliance des peuples était aussi l'objectif de l'« Appel du Parti Radical et Radical-Socialiste français aux Partis Démocratiques des autres Nations » (fin 1922 ou début 1923). Mais cet appel comportait en même temps une justification de la position de la France dans le conflit pour les réparations. Dans le contexte de la situation internationale de l'époque, extrêmement tendue, cela ôtait à l'appel toute chance de succès en ce qui concerne une coopération internationale des partis qui étaient ligotés par leur loyauté nationale respective.

En juillet 1923, les radicaux-socialistes lancèrent un nouvel appel qui, cette fois, ne s'adressait pas aux partis démocratiques en général, mais « aux Partis similaires dans les autres pays ». Le ton apologétique était maintenant remplacé par un autre, plus conciliant. Le fait que des partis apparentés par leurs convictions politiques apprennent à se connaître et coopèrent devait mener à un rapprochement des peuples. Pour atteindre ce but, étaient proposés les moyens suivants: échanges d'informations et de documents, correspondances, visites et conférences. Les radicaux-socialistes renouaient ainsi avec des propositions d'avant-guerre. A la différence des efforts auparavant entrepris pour établir des liaisons internationales, on ne s'adressait plus à présent aux seuls parlementaires et hommes politiques, mais aux partis eux-mêmes.

Même si, à cause de la situation politique de 1923, cet appel n'eut pas d'effets immédiats, en matière d'organisation, il a cependant contribué, pour une large part, à établir le projet de l'« Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques Similaires » qui avait été envisagée fin août 1924 lorsque se réunissait la Conférence de Londres sur le Plan-Dawes, pendant la Conférence de l'Union interparlementaire à Genève. Cette « Entente » fut fondée en octobre 1924, à Boulogne-sur-Mer, lors du congrès du Parti radical-socialiste.